

Auswirkungen der Pandemie von Kovid 19 insbesondere auf die Arbeitnehmer/innen (Deutschland)

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde der KAP,

Ich möchte Ihnen heute ‚aus der Ferne‘ berichten, wie in Deutschland bisher die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von der Pandemie betroffen waren und noch sind.

Gliederung vorlesen

Bei Franz Kafka fand ich die Worte:

„Wege, die in die Zukunft führen, liegen nie als Wege vor uns. Sie werden zu Wegen erst dadurch, dass man sie geht.“

Covid 19 war ein unbekannter Weg für uns alle, auch für unsere Politiker.

Seit Ende Januar 2020 wurden die ersten Infizierten in Deutschland bei einem Autozulieferer in Bayern gemeldet. Es dauerte nur wenige Tage, und jedes der 16 Bundesländer war betroffen.

In Bezug auf die Arbeitnehmer und Unternehmen handelte die Politik sehr schnell: auch aus dem Bewusstsein früherer Krisen heraus, dass Wirtschaft und Arbeitsmarkt existenziell für Deutschland sind, dass ein größerer Stillstand in einem Exportland enorme Kosten verursacht, insbesondere für Arbeitnehmer und den Staat.

Menschliche Kontakte mussten wegen der hohen Ansteckungsgefahr in den Unternehmen vermieden werden. Dieses ‚oberste Gebot‘ der Pandemie machte jedoch eine Abgrenzung der Beschäftigten ausschließlich in Bezug auf ihren Arbeitsplatz unmöglich:

Bildlich gesprochen ‚wie eine Krake‘ mit ihren vielen Armen waren alle Lebensbereiche betroffen: Krankenhäuser, Altenheime, Familien, Freunde, Schulen, Kindergärten, der Freizeitbereiche wie Sport usw.

Vor Pandemiebeginn waren 2,2 Mio Menschen arbeitslos. Die Zahl stieg corona-bedingt um ca. 600.000.

Welche Maßnahmen ergriff die Politik mit welchem Ergebnis in Deutschland?

Die ZAUBERFORMEL heißt ‚KURZARBEIT‘. Als erstes beschloss die Regierung eine Neuauflage des bereits bewährten ‚**Kurzarbeitergeldes**‘, welches Entlassungen vorbeugt, d.h. auch bei erneuter besserer Geschäftslage ein direktes Weiterarbeiten ermöglicht. Ein Arbeitnehmer erhält 60% des Netto-Gehaltes (mit Kind 67%), wenn das Unternehmen bei mindestens 10% der Arbeitnehmer Entgeltausfall nachweisen kann.

Dies gilt auch für Leiharbeiter. Betriebs- und Personalräte haben hier ein Mitbestimmungsrecht.

Die Bundesagentur für Arbeit zahlt zudem die **Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber**.

Dem Arbeitnehmer ist es erlaubt, in dieser Zeit einer **zusätzlichen Arbeit** als Minijobber (bis 450 €) nachzugehen.

(Anmerkung: viele Arbeitnehmer haben in dieser Zeit ihre Wohnungen/Häuser renoviert -die Baumärkte hatten Hochkonjunktur).

Die Arbeitnehmer haben auch die Möglichkeit, die Kurzarbeit zur **Weiterbildung** zu nutzen und können eine 50%ige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge in Anspruch nehmen.

Ca. 2 Mio Arbeitnehmer erhielten Kurzarbeitergeld.

Es wurde seitens des Bundes **mehrmals verlängert**, zuletzt bis 31.12.2021. Es hat eine starke ordnungspolitische Wirkung in der Krise.

Gesetzliche Grundlage für **Homeoffice**, denn die Betriebe waren sog. Hotspots:

Als die Inzidenzen sehr hoch waren, verabschiedete die Regierung nach langer Diskussion eine Homeoffice-Pflicht. Sie endete am 1.7.2021, wird aber weiterhin empfohlen. Die enorme nachgewiesene Ansteckungsgefahr am Arbeitsplatz und auf dem Weg zur Arbeit (in Bussen und Bahnen) sollte damit unterbunden werden. Die Arbeitgeber wehrten sich. Aber die Maßnahme setzte sich durch und trug erheblich zur Reduzierung von Covid 19 bei. In den Unternehmen, wo Homeoffice nicht möglich war, mussten die Arbeitgeber zweimal wöchentlich den Arbeitnehmern einen Corona-Test anbieten.

Die Pandemie ist auch eine große Herausforderung für die **duale Berufsausbildung**. In 2020 wurden 9,4% weniger Auszubildende eingestellt. Berufsschulen waren und sind wegen Kontaktbeschränkungen zum Teil geschlossen. Homeoffice brachte hier nicht den Erfolg, auch wegen fehlender technischer Ausstattung. Prüfungen finden kaum statt – es bedeutet für viele Auszubildenden, dass sie erst später ins Berufsleben einsteigen können.

Um die negativen Folgen der Pandemie für Unternehmen abzumildern, hat die Regierung die **Insolvenzantwagspflicht** verlängert. In der Zwischenzeit können staatliche Hilfen in Anspruch genommen werden und vielleicht eine Insolvenz vermieden werden.

Im Juni 2020 hat die Bundesregierung für 2020 und 2021 ein **Konjunkturpaket in Höhe von rd. 130 Milliarden Euro** verabschiedet, um aus der schwersten Rezession der Nachkriegszeit herauszukommen. Hiervon profitieren alle Bürger, auch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber: Überbrückungsgelder an die Unternehmen, Soloselbständige und Freiberufler werden gezahlt;

die **Kurzarbeit** wird dadurch finanziert; die Elektromobilität wird gefördert (Zuschuss in Höhe von 6.000 € für ein E-Auto).

Das Konjunkturpaket ist gleichzeitig eine Förderung von Zukunftstechnologien in Unternehmen, insbesondere auch der Digitalisierung.

Negativ: Gesundheit am Arbeitsplatz: Long-Covid-Erkrankungen

Es zeigt sich mittlerweile, dass viele Erkrankte, auch viele junge Arbeitnehmer, über Monate nicht gesunden. Sie leiden an Konzentrations- und Schlafstörungen und depressiven Verstimmungen. Es fehlen Programme zur Nachsorge und eine Rückkehr an ihren Arbeitsplatz ist fraglich.

Benachteiligte Berufsgruppen:

In Wirtschaftskrisen und bei einem ‚entsicherten Arbeitsmarkt‘ (= z.B. ohne Tarifbindung) trifft es **Geringverdiener und prekär Beschäftigte** mit voller Wucht. Dies sind insbesondere **Frauen**. Als negativ stellte sich

heraus, dass Frauen sowohl in ihrer Erwerbsstruktur als auch im Homeoffice mit Partner und Kinder überlastet sind und von Gleichstellung immer noch nicht die Rede sein kann.

Es setzt sich auch der Trend fort, dass Erwerbspersonen, die schon vor der Krise wirtschaftlich schlechter gestellt waren, während der Pandemie häufiger an Einkommen eingebüßt haben. Viele Beschäftigte – z.B. im Gastronomie- und Reinigungsgewerbe, aber auch das Veranstaltungsgewerbe und die Künstler – haben ihren Arbeitsplatz verloren. Hier ist die ‚KruX‘ der Minijob. Minijobs bedingen keine Sozialversicherungspflicht und sind auf 450,00 € begrenzt.

Hier ist die Politik aufgefordert, die Minijobs gesetzlich mit sozialer Absicherung auszustatten, auch um einer Armut im Alter entgegenzuwirken.

Arbeitnehmer in **Pflegeberufen** (Altersheimen, Krankenhäusern) sind mehrheitlich nicht tariflich abgesichert und haben ein zu niedriges Gehalt für ihre in der Krise systemrelevante unverzichtbare Arbeit. Sie erhielten im ersten Jahr der Pandemie eine Prämie („Tropfen auf den heißen Stein“) für ihre unermüdliche Arbeit.

Hier hat die Politik im Nachhinein gehandelt: Ab 1.9.2022 dürfen Versorgungsverträge nur noch mit Pflegeeinrichtungen abgeschlossen werden, die in Bezug auf ihre Pflegekräfte tarifgebunden sind. Als Gegenfinanzierung wird der Pflegeversicherungsbeitrag geringfügig erhöht.

Dies ist ein echter Meilenstein und ein Resultat der Politik, weil Arbeitgeber nicht zu tariflichen Abschlüssen bereit waren.

Positiv ist zu bewerten, dass die Digitalisierung einen großen Schub erhielt, sichtbar an den vielen Videokonferenzen.

Um aus der Krise herauszukommen, sind **Weiterbildungs- und Berufsausbildungsmöglichkeiten** mehr denn je gefragt - sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitslose. Letztlich geht es darum, lebenslanges Lernen zu gewährleisten.

Es hat sich aber auch gezeigt, wie bedeutsam die **Sozialpartnerschaft auf Unternehmer-Ebene** ist, sprich dass es kompetente Betriebs- und Personalräte gibt. Und es braucht viel unternehmerischen Freiraum, damit Unternehmen und ihre Mitarbeiter diese entstehenden Chancen gemeinsam nutzen können.

Eine aktuelle Umfrage der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass **heute weniger Erwerbstätige um ihren Job fürchten** als zu Beginn der Pandemie und dass die **Belastungsgefühle gesunken** sind.

Dies liegt auch an der Möglichkeit, sich impfen zu lassen.

Das Virus wird uns jedoch weiterhin ‚in Atem halten‘.

Vielen Dank.

St. Katharinen, den 6. September 2021

Roswitha Gottbehüt, Dr. h. c., stellvertr. CDA-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz

Následky covidu-19 z pohledu zaměstnaných v Německu

U Franze Kafky jsem našla slova: „Cesty, které vedou do budoucnosti, neleží nikdy před námi jako cesty. Stávají se cestami až tehdy, když po nich jdeme.“

Covid-19 byla neznámá cesta pro politiky i pro nás všechny. Od konce ledna 2020 byli nahlášeni první nakažení u jednoho dodavatele v Bavorsku. Trvalo to jen několik málo dní a postiženo bylo všech 16 spolkových zemí. Ve vztahu k zaměstnancům a podnikům jednala politika velmi rychle, protože ekonomika a pracovní trh jsou pro exportní zemi, jakou je Německo, existenčně důležité. Kontakty musely být kvůli vysokému nebezpečí nákazy v podnicích eliminovány. Tento nejvyšší příkaz pandemie však znemožnil izolaci zaměstnanců výlučně ve vztahu k jejich pracovišti. Jako chobotnice s mnoha čtenými rameny byly postiženy všechny oblasti života: nemocnice, domovy důchodců, rodiny, přátelé, školy, školky, volnočasové aktivity jako sport atd. Před začátkem pandemie bylo bez práce 2,2 mil. lidí (kvóta 5 %). Počet podmíněných koronou stoupl cca o 600 tis.

Jaká opatření učinila politika v Německu a s jakým výsledkem

Jako první rozhodla vláda o vydání už osvědčeného Kurzarbeitu, který předchází propouštění, tzn., že umožňuje při opětovně zlepšené ekonomické situaci přímo dál pracovat. Zaměstnanec dostává 60 % čistého platu (s dítětem 67 %), když podnik může prokázat u minimálně 10 % zaměstnanců výpadek odměny. To platí i pro agenturní pracovníky. Personální rady mají právo spoluúčasti. Spolková agentura pro práci platí nadto příspěvky sociálního pojištění zaměstnavatelům. Zaměstnanci je dovoleno v této době vzít ještě dodatečnou práci, tzv. minijob (450 Eur). Zaměstnanci mají také možnost využít Kurzarbeit pro další vzdělávání a mohou si proto nárokovat uhrazení 50 % příspěvku sociálního pojištění. Asi 2 mil. zaměstnanců dostalo, resp. dostává peníze za Kurzarbeit. To bylo ze strany státu několikrát prodlouženo, naposledy do 31. 12. 2021. Příjem za Kurzarbeit má v krizi silný dopad z hlediska politického smíru.

Home office se stal na určitou dobu zákonem, protože podniky byly ohniskem nemoci. Tím se mělo zamezit prokázanému enormnímu šíření nákazy na pracovišti a cestou do práce (autobusy, vlaky). Doba platnosti tohoto zákona skončila 1. 7. 2021, doporučuje se i nadále, protože tento zákon značně zredukoval počet nakažených zaměstnanců. V podnicích, kde nebyl možný home office, museli zaměstnavatelé 2x týdně nabídnout zaměstnancům antikovidový test.

Pandemie je také velkou výzvou pro **duální učňovské vzdělávání**. V roce 2020 bylo zaměstnáno o 9,4 % učňů méně. Učňovské školy byly zčásti uzavřeny. Home office neměl úspěch kvůli chybějícímu technickému vybavení. Zkoušky se nekonaly. To znamená pro mnoho učňů, že do profesního života mohou vstoupit mnohem později a tím se dále zvyšuje nedostatek kvalitních dělníků v odborných profesích.

Ke zmírnění negativních následků pro podniky vláda prodloužila povinnost **oznámení insolvence**, aby se v mezidobí zabránilo státní pomoci insolventům.

Pracovní trh „bez jistot“ (např. bez jištění tarifem) postihl a postihuje lidi s minimálním příjmem a obzvláště pracovníky s prekérním zaměstnáním. To jsou zvláště ženy. Ty jsou přetíženy na základě své výdělečné

struktury, v home office je zatěžuje ještě partner i děti. O rovnoprávnosti nemůže být ani řeči. Výdělečně činné osoby, které na tom byly ekonomicky špatně už před krizí, přišly během pandemie často o příjem. Mnoho zaměstnanců, např. v gastronomii, prádelnách a čistírnách, ale také organizátoři kulturních akcí a umělci ztratili svoje pracovní místo. Minijoby jsou bez povinnosti sociálního pojištění omezeny na 450 Eur. **Zde je politika vyzývána vybavit minijoby v zákoně sociálním pojištěním, aby se předešlo chudobě ve stáří.** Nedávno se opětovně ukázalo, že pracovníci v pečovatelských povoláních nebyli tarifně dostatečně zajištěni. Dostávali v prvním roce pandemie prémii za systémově relevantní neúnavnou práci. Tady politika jednala až ex post. Od 1. 9. 2022 budou uzavírány smlouvy pro zaopatření jen se zařízeními, která jsou tarifně vázána na svoje pečovatelské síly. Jako protifinancování se nepatrně zvýší příspěvek na pojištění pro případ péče. To je výsledek politiky, protože zaměstnavatelé nebyli nakloněni tarifním smlouvám.

V průběhu doby se ukazuje, že mnozí, co onemocněli na covid, a to i mladí zaměstnanci, se po dlouhé době stále nezotavují. Jako tzv. dlouhodobě nemocní covidem trpí poruchami koncentrace a spánku a depresivními stavy. Chybí programy k následné péči a jejich návrat na dosavadní pracoviště je z dnešního hlediska sporný.

V červnu 2020 přijala německá vláda pro rok 2020 a 2021 konjunkturální balíček asi 130 miliard Eur. Z něj profitují všichni občané, zaměstnanci i zaměstnavatelé. Stát platí překlenovací finanční částky podnikům, osobám sólově samostatně výdělečně činným (nesmí nikoho zaměstnávat) a osobám ve svobodných povoláních, např. umělcům. Financuje se z toho I kurzarbeit. S pohledem na klimatické změny se z toho navíc podporuje i elektromobilita (příspěvek ve výši 6.000 Eur na jedno elektroauto). Konjunkturální balíček je výhledově také k podpoře technologií v podnicích, zvláště digitalizace.

Jako pozitivum je třeba vidět, jaký obrovský posun zaznamenala i digitalizace; konají se mj. četné videokonference. Více než kdy dřív je poptávka po možnostech dalšího vzdělávání a zvyšování kvalifikace pro učité povolání, a to jak u zaměstnaných, tak pro nezaměstnané. Ukázalo se také, jak je významné sociální partnerství v rovině podnikání, že jsou kompetentní podnikové a personální rady. Je zapotřebí podnikatelského volného prostoru, aby podniky a jejich pracovníci tyto výzvy společně zvládli. Aktuální anketa nadace Hans-Böckler, která je nakloněna odborům, zjistila, že dnešní výdělečně činí se bojí méně o svou práci než na začátku pandemie a že klesl pocit zátěže. To vychází také z možnosti nechat se očkovat.

Virus nás ale dále bude držet v napětí.

Roswitha Gottbehüt, Dr. h. c., emeritní generální sekretářka EZA